## Nordbayerischer Kurier vom 03. Juli 2013

### BAT befürchtet "massive Einbrüche"

Vorstandsvorsitzender zu EU-Richtlinie: Warnhinweise nehmen Markenlogos Platz weg

#### **BAYREUTH**

Der Zigarettenhersteller British American Tobacco blickt mit großer Sorge auf die neue EU-Tabakrichtlinie. "Wir sehen unser Geschäft massiv beeinträchtigt und gefährdet", sagte Vorstandsvorsitzender Ad Schenk am Dienstag bei einem Besuch der beiden parlamentarischen Staatssekretäre Ernst Burgbacher (FDP) aus dem Wirtschafts- und Hartmut Koschyk (CSU) aus dem Finanzministerium. Die geplante Richtlinie sieht unter anderem vor, dass 65 Prozent der Packungsoberfläche für Warnhinweise genutzt werden sollen.

"Das könnte mittelfristig auch einen gravierenden Einschnitt für den Standort Bayreuth bedeuten", so der BAT-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Paul Walberer. Das Unternehmen beschäftigt an den drei deutschen Standorten Bremen, Hamburg und Bayreuth zusammen rund 2500 Mitarbeiter, 1400 davon haben ihren Arbeitsplatz in Bayreuth.

Vorstandschef Schenk nannte es positiv, dass Dinge wie die ursprünglich geplante Einheitsverpackung derzeit wohl nicht mehr ernsthaft diskutiert werden. Die 65-prozentige Nutzung der Packungsoberfläche für Warnhinweise schieße allerdings weit über das Ziel hinaus, zumal die Warnhinweise von oben nach unten angebracht werden sollen. Das würde bedeuten, dass für das Markenlogo gerade noch der Fuß der Packung übrigbliebe. Hier halte sich der Regulierungsvorschlag in keiner Weise mehr an bewährte Praxis, so Schenk.

Die große Bedeutung der British American Tobacco für den Standort Bayreuth machte Vorstandschef Schenk an der folgenden Zahl fest: Am Standort Bayreuth seien in den zurückliegenden fünf Jahren 250 Millionen Euro investiert worden.

Walberer rief in Erinnerung, dass die Zigarette ein legales Produkt sei. Natürlich sei der Konsum mit Risiken verbunden. Deshalb betreibe das Unternehmen auch in großem Umfang Forschung, um Produkte zu entwickeln, die innovativer seien und weniger Risikopotenzial besäßen. Wenn die Zigarette allerdings in die Illegalität abgedrängt werde, dann werde ein Schwarzmarkt entstehen, den niemand mehr kontrollieren kann und für Forschung werde dann erst recht kein Geld mehr übrig sein. Im Werk Bayreuth werden laut Schenk derzeit rund 50 Milliarden Zigaretten jährlich produziert, 30 Prozent davon sind für den deutschen Markt, 70 Prozent gehen in den Export.

## Frankenpost vom 06. Juli 2013

## Zoff um die Glimmstängel

Eine neue EU-Richtlinie sieht vor, dass 65 Prozent der Oberfläche von Zigarettenschachteln mit Warnhinweisen bedruckt werden müssen. Bei British American Tobacco in Bayreuth blickt man dem mit viel Skepsis entgegen.

Von Stephan Herbert Fuchs

Bayreuth – Der Zigarettenhersteller British American Tobacco in Bayreuth blickt mit großer Sorge auf die neue EU-Tabakrichtlinie. Er sieht sein Geschäft massiv beeinträchtigt und gefährdet. Die geplante Richtlinie sieht unter anderem vor, dass 65 Prozent der Packungsoberfläche für Warnhinweise genutzt werden sollen.

"Das könnte mittelfristig auch einen gravierenden Einschnitt für den Standort Bayreuth bedeuten", befürchtet der BAT-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Paul Walberer. Das Unternehmen beschäftigt an den drei deutschen Standorten Bremen, Hamburg und Bayreuth zusammen rund 2500 Mitarbeiter, 1400 davon haben ihren Arbeitsplatz in Bayreuth.

Vorstandschef Schenk nannte es positiv, dass Dinge wie die ursprünglich geplante Einheitsverpackung derzeit wohl nicht mehr ernsthaft diskutiert werden. Die 65-prozentige Nutzung der Packungsoberfläche für Warnhinweise schieße allerdings weit über das Ziel hinaus, zumal die Warnhinweise von oben nach unten angebracht werden sollen. Das würde bedeuten, dass für das Markenlogo gerade noch der Fuß der Packung übrig bliebe. Hier halte sich der Regulierungsvorschlag in keiner Weise mehr an bewährte Praxis, so Schenk.

Die große Bedeutung der British American Tobacco für den Standort Bayreuth machte Vorstandschef Schenk an der folgenden Zahl fest: So seien am Standort Bayreuth in den zurückliegenden fünf Jahren 250 Millionen Euro investiert worden.

Gesamtbetriebsratschef Walberer rief in Erinnerung, dass die Zigarette ein legales Produkt ist. Natürlich sei der Konsum mit Risiken verbunden. Deshalb betreibe das Unternehmen auch in großem Umfang Forschung, um Produkte zu entwickeln, die innovativer seien und weniger Risikopotenzial hätten. Wenn die Zigarette allerdings in die Illegalität abgedrängt werde, dann werde ein Schwarzmarkt entstehen, den niemand mehr kontrollieren kann und für Forschung werde dann erst recht kein Geld mehr übrig sein.

Klare Qualitätsstandards sei man dem Verbraucher schuldig, sagte Staatssekretär Ernst Burgbacher. Dazu gehöre es auch, dass die Marke auf der Verpackung künftig klar sichtbar bleiben muss. Der Politiker warnte davor, dass der Anteil geschmuggelter Zigaretten beim Abdrängen in die Illegalität immens ansteige. Damit würden dem Staat nicht nur die Steuereinnahmen fehlen, sondern auch gesundheitliche Risiken zunehmen. Sein Staatssekretärskollege Hartmut Koschyk sprach sich dafür aus, dass die Wertschöpfung auch weiterhin in Deutschland stattfinden soll. Schließlich gebe es auch viele Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Bereich, die dann wegfallen würden, wenn noch mehr Zigaretten nach Deutschland eingeschmuggelt werden. Koschyk erinnerte auch daran, dass sich British American Tobacco seit vielen Jahren über das normale Maß hinaus für die Region engagiert habe.

### 50 Milliarden Zigaretten

Im Werk Bayreuth der British American Tobacco werden nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Ad Schenk derzeit rund 50 Milliarden Zigaretten jährlich produziert, 30 Prozent davon sind für den deutschen Markt, 70 Prozent gehen in den Export.



Mancher braucht es gleich in vierfacher Dosis, das Nikotin. In Zukunft könnte es jedoch noch weniger Raucher geben.

## Bayreuther Sonntagszeitung vom 07. Juli 2013

# Ohne Maß und Ziel

Vorstandsvorsitzender der BAT Deutschland, Ad Schenk, kritisiert geplante Tabakrichtlinien der EU



V. I. Ad Schenk, Ernst Burgbacher, Paul Walberer, Hartmut Koschyk.

Foto: Gabriele Munzert

BAYREUTH. Den Besuch zweier Parlamentarischer Staatssekretäre, Hartmut Koschyk
(CSU) und Ernst Burgbacher
(FDP), im BAT-Werk in Bayreuth,
nutzte Ad Schenk, Vorstandsvorsitzender der BAT Deutschland, um seinen Unmut über die
geplanten EU-Regulierungen zu
äußern, die er als Beschneidung
seiner Rechte als Unternehmer
bezeichnet.

Der Entwurf sieht vor, dass die Warnhinweise künftig 75 Prozent der Vorder- und Rückseite der Zigarettenpackung im oberen Bereich einnehmen. Es ist sogar von einer Einheitspackung die Rede.

Je mehr sich die Produkte der verschiedenen Hersteller gleichen, desto schwieriger wird es für die einzelnen Unternehmen, ihre Produkte zu bewerben. "Solche Vorgehensweisen sind Eingriffe in unsere Geschäftsabläufe". Ad Schenk fordert einen Dialog mit der Politik über eine sinnvolle Regulierung. Beispielsweise, wohin mit der notwendigen Steuerbanderole, wenn drei Viertel der Packungen Warnhinweise ausmachen. Hier sieht Ad Schenk auch ein produktionstechnisches Problem, außerdem erwartet er eine Explosion der Produktpiraterie. Gerade der Bereich Forschung und Entwicklung wurde im Bayreuther BAT-Werk deutlich ausgebaut. Die EU-Richtlinien sehen auch künftig vor, zusätzliche Geschmacksstoffe im Tabak zu ver-

Auch der BAT-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Paul Walberer äußert seine Bedenken, ein legales Produkt mit derart weitreichenden Vorschriften zu gängeln. "Wir bieten jährlich 60 jungen Menschen einen Ausbildungsplatz an und unsere Beschäftigten sind hoch qualifiziert. Die Diskussion vermittelt den Arbeitnehmern, ein minderwertiges Produkt herzustellen". Im Bayreuther Werk, dem größten BAT-Standort weltweit, sind 1.400 Menschen beschäftigt. In den vergangenen fünf Jahren wurden insgesamt 250 Millionen Euro investiert.

Obwohl die Staatssekretäre, Hartmut Koschyk beim Bundesminister der Finanzen und Ernst Burgbacher beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, für die Tabakregulierung nicht unmittelbar zuständig sind, erklärten beide ihre Unterstützung und Vermittlung für ein Gespräch mit Ilse Aigner, verantwortliche Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.